



Bundespolizei | Zoll



KOMMENTAR

Frisch ans Werk

Ein neues Jahr liegt vor uns. Ein neues Jahr voller großer Herausforderungen. Doch wir sind bereit.

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

unächst wünschen wir als Bezirk und ich ganz persönlich euch allen ein frohes und vor allem gesundes 2023. Ich hoffe, ihr seid gut in dieses neue Jahr gestartet. Der Jahresanfang ist für viele eine Zeit des Aufbruchs. Eine Zeit der Hoffnung. Aber auch ein Stück weit eine Zeit der Ungewissheit. Was wird das neue Jahr bringen? Wird es ein gutes Jahr? Fest steht schon jetzt: Das Jahr 2023 wird uns erneut vor große Herausforderungen stellen.

Einschränkungen und Verschlechterungen

Noch immer haben wir mit dem schrecklichen Krieg Russlands gegen die Ukraine umzugehen - und mit den unmittelbaren konkreten Folgen, den vielen Einschränkungen und Verschlechterungen, die dieser Krieg auch für uns hat. Die Energiepreise sind weiterhin auf höchstem Niveau. Die Inflationsrate steigt unaufhörlich und damit auch die übrigen Lebenshaltungskosten in allen Bereichen. Gerade aus diesem Grund werden die jetzt im Januar beginnenden Tarifverhandlungen von großer Bedeutung sein. Wir treten mit einer Entgeltforderung von 10,5 Prozent, jedoch mindestens 500 Euro, für Auszubildende 200 Euro, an. Forderungen, die gerade in dieser Zeit absolut gerechtfertigt und vor allem auch notwendig sind!

Haushalt 2023

Mit dem beschlossenen Haushalt 2023 wird es auch im Bereich der Bundespolizei und des Zolls Herausforderungen geben. Die Stellenkürzungen in Höhe von 1,5 Prozent unserer Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sind absolut inakzeptabel! Dieses Personal wird dringend gebraucht, um die

Behörden am Laufen zu halten. Bei der Bundespolizei bleiben zudem viele Felder – gerade im Bereich IKT, Netze, Smart Borders und EES – nahezu unberücksichtigt. Dazu kommt: Auch Preissteigerungen, gerade bei der Anschaffung von Einsatzmitteln, haben keine Berücksichtigung gefunden. Somit ist der Haushalt in unserem Bereich mehr als "auf Kante genäht".

Herausforderungen beim Zoll

Beim Zoll liegen die Herausforderungen vor allem darin, das im Haushalt eingeplante Geld sinnvoll zu nutzen: Wir fordern den unmittelbaren Umbau des Zollfahndungsdienstes zu einer deutschen Finanzpolizei. Die angestrebten ministerialen Pläne sind nicht wirklich geeignet, das gesteckte Ziel in Sachen Geldwäschebekämpfung und Sanktionsdurchsetzung zu erreichen. Dabei könnten - bei entsprechendem politischen Willen - bestehende Strukturen im BKA und im Zollfahndungsdienst (ZKA und Zollfahndungsämter) schnellstmöglich genutzt werden und das im Haushalt dafür geplante Geld könnte in diese Behörden zu deren Stärkung fließen. Denn: Geld in Bestehendes zu investieren ist effektiver als Neues parallel zu schaffen. Personal- und Organisationsmodelle sowie Gesetzentwürfe für eine konsequente Vermögensaufspürung und -sicherung liegen seit langer Zeit auf dem Tisch. Wissenschaft und GdP haben hierzu gute fachliche Vorschläge gemacht.

Weitere zentrale Themen für die Bundespolizei

Für die Bundespolizei konnten wir in den Themen Arbeitszeit und Fernlehre mit Innenministerin Nancy Faeser zum Ende 2022 noch mal ein sehr gutes Fachgespräch führen. Hier gilt es nun, unseren Konsens mit Leben zu füllen und die Pläne weiter voranzubringen.

Und auch in den Bereichen PEK, Beförderungsrichtlinien sowie Beurteilungsrichtlinien haben zum Ende des Jahres noch wichtige Fachgespräche zwischen den Personalvertretungen, den Direktionen, dem Bundespolizeipräsidium und dem BMI stattgefunden. Unserer Meinung nach sind wir hier auf dem richtigen Weg und gerade die Neuregelung des PEK scheint positiv vorangebracht zu werden.

Sehr schleppend gingen hingegen die Gespräche im Bereich der Liegenschaften voran. Sehr viele Behörden sind hier involviert und wir als Bundespolizei stehen als Mieter oft hinten an. Intensive Gespräche gerade mit der BImA und der DB AG, aber auch den politisch Verantwortlichen stehen an. Es ist nicht mehr hinnehmbar, in was für desolaten Liegenschaften unsere Kolleginnen und Kollegen zu großen Teilen ihren Dienst verrichten müssen.

Packen wir's an

ge für Verbesse-

Dies war nur ein kleiner Teil der vielen Herausforderungen, die für unsere Behörden und somit für die Gewerkschaft der Polizei 2023 anstehen. Wir werden nicht müde, alle diese Dinge für euch anzugehen und den Finger in die Wunde zu legen, Vorschlä-







WIR WERDEN GEHÖRT

Austausch zwischen ALB und HJAV



Die Vorsitzende der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung, Victoria Kollmar, und der stellvertretende Vorsitzende des Bundespolizeihauptpersonalrats, Rüdiger Maas (beide GdP), haben sich mit Isabel Schmitt-Falckenberg, Abteilungsleiterin B im BMI zu einem ersten Austausch getroffen. Auf der Agenda standen Ungleichbehandlungen von Auszubildenden gegenüber Angestellten sowie Beamtinnen und Beamten im Zusammenhang mit Dienstreisen sowie die Ausbildungsquote in der Bundespolizei im Tarifbereich, befristete Einstellungen nach Ausbildungsende und weitere grundsätzliche tarifliche Themen.

NEUER NAME

Aus BAG wird BALM

GdP-Fachgruppe BALM



ekanntmachung Bundesanzeiger vom 2. Juni 2022: Das Bundesamt für Güterverkehr (BAG), im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, erhält ab dem 1. Januar 2023, aufgrund der Fortentwicklung des Aufgabenspektrums die Behördenbezeichnung "Bundesamt für Logistik und Mobilität" (BALM).

Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr angefangen haben, inzwischen beim Bundesamt für Güterverkehr und bald beim Bundesamt für Logistik und Mobilität beschäftigt

sind. Wie bei jeder Veränderung sind natürlich nicht alle Kolleginnen und Kollegen damit einverstanden. Dafür haben wir als GdP auch Verständnis. Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Veränderungen fallen manchen leichter als anderen. Eine Identifizierung mit dem neuen Namen, gerade der ausdrücklichen Nennung von Logistik in Verbindung mit seiner eigenen Aufgabe in unserem Bundesamt, braucht daher sicher einige Zeit.

Allerdings erhielt das BAG in den vergangenen Jahren viele neue Aufgaben und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dass wir uns nun schon lange in anderen Bereichen bewegen, die mit dem internationalen Luftverkehr, Förderprogrammen sowie dem Krisenmanagement zu tun haben, ist garantiert noch nicht weitverbreitet. Ein großer Vorteil der Umbenennung besteht daher darin, dass nun auch Bereiche des Bundesamtes erfasst werden, die sich unter dem Begriff Güterverkehr nicht erahnen ließen. ■

FAESER-BESUCH IM REVIER MAINZ

Liegenschaften im Fokus

Roland Voss

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

m 16. November 2022 besuchte Bundesinnenministerin Nancy Faeser Adas Bundespolizeirevier in Mainz, um sich einen persönlichen Eindruck von den Arbeitsbedingungen und der Liegenschaftssituation der Kolleginnen und Kollegen zu machen. Während des Besuchs hat Roland Voss, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei | Zoll und Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Koblenz, die Ministerin auf die generell viel zu lang dauernden Planungs-, Bau- und Renovierungsmaßnahmen in der Bundespolizei angesprochen. Dazu kommen die schwierigen und langwierigen Prozesse im Zusammenwirken mit der BImA und der DB AG. Die Entscheidungsprozesse müssen aus GdP-Sicht hier generell verbessert sowie deutlich verkürzt und beschleunigt werden. Damit soll sich die Arbeitsgruppe Liegenschaften auf Ebene des BMI, unter Leitung der für die Bundespolizei zuständigen Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter und mit Beteiligung der Personalvertretung befassen.

Der Ministerin sind die Probleme und die Liegenschaftssituation in der Bundespolizei bekannt. Ihr ist es wichtig, in direktem Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu sein. Dabei legt sie auch großen Wert auf die Meinung der Personalvertretungen und steht in engem Kontakt mit der GdP.







Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

RAHMENDIENSTVEREINBARUNG FLEXIBLES ARBEITEN (RDV FLEX.A)

Seit dem 23. Dezember in Kraft

Am 23. November 2022 war es endlich so weit: Die Rahmendienstvereinbarung Flex. A wurde unterzeichnet.

Judith Hausknecht

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll und Vorsitzende Bezirkspersonalrat

eben den Vertragspartnern, dem Präsidenten der Bundespolizei, Dr. Dieter Romann, und mir als Vorsitzender des Bezirkspersonalrates beim Bundespolizeipräsidium haben auch Kai Abeln von der Bezirkschwerbehindertenvertretung und Michaela Drews als Gleichstellungsbeauftragte des Bundespolizeipräsidiums die nunmehr zum 23. Dezember 2022 in Kraft getretene neue Rahmendienstvereinbarung Flex. A gezeichnet. Diese löst dann die bisher bestehenden Dienstvereinbarungen zur Telearbeit und zum mobilen Arbeiten ab.

Einfach in der Anwendung und grundsätzlich für alle geltend

Die Brisanz der Thematik zeigte sich während der jahrelangen Verhandlung nicht nur in den zahlreichen Nachfragen von euch, sondern auch in der teils kontroversen Diskussion auf den unterschiedlichsten (Führungs-)Ebenen. Beeinflusst von den größtenteils positiven Erfahrungen zur Pandemiebewältigung war es uns als Personalvertretung bei der Gestaltung dieser Rahmendienstvereinbarung sehr wichtig, dass diese einfach in der Anwendung ist und grundsätzlich für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt. Auch wenn es dem Berufsbild geschuldet ist, dass zum Beispiel ein Großteil polizeivollzugsdienstlicher Tätigkeiten grundsätzlich nicht für das örtlich und zeitlich flexible Arbeiten geeignet ist, so ist doch niemand von vornherein von der Anwendung der Rahmendienstvereinbarung ausgenommen. Jeder Einzelantrag - auch des Polizeivollzugsdienstes - ist auf eine mögliche Teilnahme hin zu überprüfen.

Grundvoraussetzung zur Teilnahme am flexiblen Arbeiten ist immer, dass die persönlichen und technischen Voraussetzungen erfüllt werden und eine geeignete wahrzunehmende Aufgabe vorliegt. Eventuell/wahrscheinlich derzeit noch fehlende IT-Ausstattung darf zudem nicht zum Dauergrund führen, nicht mobil oder an einem häuslichen Telearbeitsplatz arbeiten zu können. In der Präambel heißt es deshalb dazu: "Soweit diese Ausstattung nicht ausreichend vorhanden ist und Maßnahmen zum technischen Betrieb erforderlich werden, wird das Bundespolizeipräsidium dies im Rahmen der Haushaltsanmeldung berücksichtigen."

Ein weiterer Schwerpunkt seitens der Personalvertretung war die Regelung der rechtfertigungsfreien Gewährung des mobilen Arbeitens. Bis zu einer Dauer von höchstens fünf Tagen im Monat bedarf es gemäß § 4 RDV keiner besonderen Gründe für die Genehmigung des mobilen Arbeitens. Dies bedeutet gleichwohl, dass im Einvernehmen mit dem Dienstvorgesetzten auch mehr Tage mobiles Arbeiten pro Monat möglich sind, wenn dafür besondere persönliche oder soziale Gründe, in denen mobiles Arbeiten entlastend wirkt, vorliegen.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass geltende Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes aufgrund COVID-19 vorrangig gelten. Gemäß Verfügung des Bundespolizeipräsidiums vom 10. November 2020 bedarf die Nutzung mobilen Arbeitens im Rahmen von Infektionsschutzmaßnahmen keines Antrages, sondern wird durch Vorgesetzte in geeigneter Weise schriftlich oder per E-Mail bewilligt. Weiterhin ist die Begrenzung der Leihdauer mobiler Geräte auf 14 Tage ausgesetzt, auch wenn die Geräte möglichst vielen Beschäftigten ggf. wechselnd zur Verfügung stehen sollten.

Mit dieser Rahmendienstvereinbarung, die durch die Behörden auch noch in Dienstvereinbarungen umgesetzt werden kann, ist ein guter Grundstein in Vereinbarkeitsangelegenheiten gelegt und wir hoffen auf rege Nutzung.

KOLUMNE BEKLEIDUNG & AUSSTATTUNG

Konzeption KSA

Steffen Ludwar

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Tch habe bereits davon berichtet, dass es auf Ebene des Bundespolizeipräsidiums eine Arbeitsgruppe zur Körperschutzausstattung (KSA) für die Bundespolizei gibt. Durch die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe wurde bereits eine neue KSA entwickelt. Nicht nur der Name – KSA-modular – ist neu, sondern auch die Schutzwirkung und das verwendete Material.

Nun wird in einer neuen Konzeption geregelt, dass alle Angehörigen der Bundesbereitschaftspolizei und im Nachgang auch alle Angehörigen der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheiten ihre zurzeit im Bestand befindlichen KSA-leicht zurückgeben und dafür eine KSA-modular erhalten. Der Tausch in der Bundesbereitschaftspolizei ist fast vollständig abgeschlossen.

Gewerkschaftlich sehr wichtig war uns auch der Bereich der regionalen Direktionen, hier die KSA Poolbildung. Der Pool in den Revieren/Inspektionen wird ebenfalls gesichtet und getauscht (erneuert). Auch wurden die Direktionen bereits aufgefordert den Pool bei Bedarf mit KSA-leicht zu erhöhen. Somit sollte es auch für die Alarmeinheiten und die KSB, welche die KSA einsatzbedingt benötigen, eine wesentliche Verbesserung (höhere Ausstattung und mehr Größen) geben.

Noch Fragen oder Anregungen? Dann schreibt mir. ■







TARIFGRUPPE DER GdP-DIREKTIONSGRUPPE KOBLENZ

Herbsttagung in Fulda

Am 12. und 13. Oktober 2022 fand die gewerkschaftspolitische Herbsttagung der Tarifgruppe der GdP-Direktionsgruppe Koblenz unter der Leitung von Hans-Gerd Müller statt.

Hans-Gerd Müller

Tarifgruppe der GdP-Direktionsgruppe Koblenz



ls Veranstaltungslokal wurde dieses Mal das Parkhotel in Fulda ausgewählt. Eingeladen waren die Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisgruppen, die für das Tarifwesen Verantwortung tragen. Die Vorschau auf die im Januar 2023 beginnende Tarifrunde für den Bund und die kommunalen Arbeitgeber sowie die Nachbetrachtung des 7. Ordentlichen Delegiertentages des GdP-Bezirks Bundespolizei | Zoll standen neben weiteren gewerkschaftlichen Themen auf der umfangreichen Tagesordnung. Den Schwerpunkt der Tagung bildete das Thema Zusatzversorgung der Tarifbeschäftigten. Zu diesem Tagesordnungspunkt konnte mit Frank Bühler (links im Bild) ein kompetenter Referent aus der Abteilung Kundenmanagement der VBL Karlsruhe gewonnen werden, der umfassend und informativ zu dieser komplexen Thematik referierte. Insbesondere stellte er die aktuellen Veränderungen dar und beantwortete im Anschluss an seinen Vortrag spezielle Fragen aus dem Teilnehmerkreis.

Angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland muss sich die Altersvorsorge auf mehrere Säulen stützen. Deshalb ist betriebliche Altersversorgung heute wichtiger denn je. Dafür steht die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist die größte deutsche Zusatzversorgungskasse. Grundlage der betrieblichen Altersversorgung sind die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die von den Tarifvertragsparteien vereinbarte Altersversorgung VBLklassik ist für alle Tarifbeschäftigten von Bund und Ländern (außer Hamburg und Saarland) obligatorisch. Sie ist speziell auf den öffentlichen Dienst zugeschnitten.

Zur Historie der VBL

Die VBL wurde 1929 in der Weimarer Republik unter dem ursprünglichen Namen Zusatzversorgungsanstalt des Reichs und der Länder (ZRL) in Berlin gegründet. Aufgabe der ZRL war schon damals, den Arbeitern der Reichsverwaltung und der Verwaltungen der beteiligten Länder sowie deren Hinterbliebenen Zuschüsse zu der gesetzlichen Rente zu leisten, um die Ungleichbehandlung zwischen verbeamteten und nicht beamteten Bediensteten im öffentlichen Dienst auszugleichen. Anfang der 1950er-Jahre bekam die VBL ihren heutigen Namen und zog nach Karlsruhe. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde 1997 die Zusatzversorgung auch in

Aus dem Tarifbereich

den neuen Bundesländern eingeführt. In den alten Bundesländern finanzieren Versicherte und beteiligte Arbeitgeber die VBL klassik noch im Umlageverfahren nach einem solidarischen Prinzip: Ähnlich wie in der gesetzlichen Rentenversicherung fließen eingezahlte Gelder von Arbeitgebern und Beschäftigten unmittelbar in die Betriebsrenten.

Die VBL steht unter Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Die freiwillige Versicherung der VBL steht unter Aufsicht der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Mit 5.406 Beteiligten ist die VBL in der Bundesrepublik Deutschland die größte von 30 bestehenden Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes (Bund und Länder, rund 1.600 kommunale Arbeitgeber, circa 35 Träger der Sozialversicherung, etwa 3.700 sonstige Arbeitgeber). Die VBL hat circa fünf Millionen versicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie circa 1.4 Millionen Rentnerinnen und Rentner als Leistungsempfänger. Das Leistungsangebot umfasst Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes im Rahmen der tarifrechtlich vorgesehenen Pflichtversicherung, sowie Versicherungsprodukte auf freiwilliger Basis für die zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge.

Durch den Altersvorsorgeplan 2001 sowie den Tarifvertrag über die betriebliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung-ATV) vom 1. März 2002 haben die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes das Zusatzversorgungsrecht grundlegend umgestaltet.

Die Zusatzversorgung basiert nun auf einem Versorgungspunktemodell. Die nach dem Punktemodell ermittelte Betriebsrente erhalten die Versicherten zusätzlich zu ihrer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei werden die jährlichen Versorgungspunkte ermittelt, die zwei wesentliche individuelle Komponenten berücksichtigen: das Entgelt sowie das Alter der Beschäftigten im jeweiligen Versicherungsjahr.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Zusatzversorgung durch die VBL für unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich eine unverzichtbare Säule in der Altersversorgung darstellt.

Mit einem ausführlichen Erfahrungsaustausch zu aktuellen Angelegenheiten aus den Kreisgruppen und der Direktionsgruppe Koblenz klang die Veranstaltung aus.



TARIFKOMMISSION GdP-BEZIRK BUNDESPOLIZEI | ZOLL

Sitzung in Bad Hersfeld

Die Mitglieder der Tarifkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei | Zoll trafen sich in Bad Hersfeld, um sich über die Vielseitigkeit der tarifpolitischen Themen auszutauschen.

Detley Mantei

Vorsitzender Tarifkommission GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



auptthemen waren neben der im Januar 2023 beginnenden Tarifrunde mit dem bekannten Forderungskatalog natürlich auch unsere weiterhin mit

Sachgrund befristeten Beschäftigten, die – gerade vor dem Hintergrund eines erheblichen Personalaufwuchses von Anwärterinnen und Anwärtern – in vielen Bereichen

der AFZen und der Bundespolizeiabteilungen für administrative Aufgaben zum Beispiel in der Aus- und Fortbildung, in den Werkstätten, den Verpflegungseinrichtungen (Küchen) und dem polizeiärztlichen Dienst dauerhaft gebraucht werden.

Weiterhin stand das Thema Hebungen mit den entsprechenden ODP-Abbildungen in den Bundespolizeiinspektionen auf der Agenda der Tarifkommission. Auch in diesen Bereichen der Gesamtorganisation der Bundespolizei muss die Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen nicht nur mit Worten, sondern auch mit einer tarifgerechten Bezahlung gezeigt werden.

Die Ausbildungszahlen in der Verwaltung wie auch den Kammerberufen wurden thematisiert, welche sich in den vergangenen Jahren erheblich verringert haben. Aber auch mögliche zukünftige Arbeitszeitmodelle wie mobiles bzw. flexibles Arbeiten wurden in der Sitzung ausführlich diskutiert.

Am dritten Tag nahm der Bezirksvorsitzende Andreas Roßkopf an der Sitzung teil, um sich persönlich mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die gewerkschaftlichen Themen auszutauschen und Anregungen aufzunehmen, welche auf politischer Ebene thematisiert werden müssen.

TARIFGRUPPE DER GdP-DIREKTIONSGRUPPE KÜSTE

Arbeitstagung in Banzkow

In Banzkow traf sich nach einer gefühlten Ewigkeit die Tarifgruppe der GdP-Direktionsgruppe Küste, um sich für die Zukunft wieder neu zu finden.

Stephan Lange

GdP-Direktionsgruppe Küste

ie Aufstellung für die kommenden Jahre, aktuelle Informationen zur AG ODP Tarif sowie ein Ausblick auf die Tarifrunde BUND/VKA 2023 wurden durch Detlev Mantei, der uns als "Tarifgruppenchef" erhalten bleibt, thematisiert. Es wurde vereinbart, sich stärker um die Möglichkeiten der Höhergruppierung vor Ort in den

Dienststellen zu kümmern. Hier geht es insbesondere darum, Aufklärung für Betroffene, Dienststellen und Personalräte zu schaffen.

Als Tarifsprecher wurde Detlev Mantei wiedergewählt, Kathrin Zeihn ist seine Vertreterin, Thomas Bickert und Ines Karow sind Schriftführer.







Aktionen der Seniorengruppen

GdP-KREISGRUPPE PIRNA

Auf großer Fahrt

Günter Ehm

Seniorengruppe GdP-Kreisgruppe Pirna

\intercal in Jahr mit vielen Unternehmungen der Seniorengruppe Pirna neigt sich dem ✓ Ende entgegen, doch ein Highlight gab es noch: Wir halten Rückschau auf unsere mehrtägige Fahrt nach Thüringen vom 20. bis 22. September 2022:

Erster Zwischenstopp war die "Leuchtenburg" in der Nähe von Kahla. Erstmals 1221 urkundlich erwähnt, ist der viel besuchte Touristenmagnet seit 2007 im Besitz einer eigens dafür gegründeten Stiftung. Die Besichtigung der Burg mit der Porzellanausstellung und dem Weg auf dem Pfad der Wünsche ließen wir uns neben dem vorbestellten Mittagsmahl nicht entgehen.

Die Fahrt ging weiter zum "Trusetaler Wasserfall" dem höchsten Wasserfall im Thüringer Wald. Der Hinweis sei gestattet, dass es sich dabei aber um kein natürlich entstande-



nes Naturphänomen, sondern eine künstlich angelegte Attraktion handelt.

Nächster Halt auf unserer Tour war am zweiten Tag der "Große Inselsberg". Der Bus blieb am Parkplatz und somit nahmen wir das Wandervergnügen bergan in Angriff. Oben angekommen hatten wir eine gute Fernsicht. Die Wetterstation ist für Besucher nicht zugänglich, aber im Turmmuseum konnten wir uns mit der Geschichte und Bebauung des Inselsberges vertraut machen. Mit dem Bus ging der Ausflug weiter nach Friedrichroda, um die "Marienglas-Höhle" zu besichtigen. Dabei handelt es sich um eine Schauhöhle, die vor allem aus Hohlräumen besteht, die durch den Gips- und Kupferbergbau entstanden ist.

Am dritten Tag sollte es auch für die Rückreise noch einen Höhepunkt geben. Nach

kurzer Fahrt stoppten wir in Ruhla vor dem dortigen Uhrenmuseum. Eigentlich war der Aufenthalt viel zu kurz, um die vielen interessanten Informationen aufnehmen zu können. Wir konnten Uhren bestaunen, die wir in der ehemaligen DDR im Handel nie selbst gesehen hatten. Der eine oder andere nutzte die Gelegenheit, aus der aktuellen Ruhla-Produktion einen Zeitmesser zu erwerben. Nach dem Besuch ging es dann tatsächlich in Richtung Heimat. Das Resümee der Reiseteilnehmer: Es war wieder eine gelungene Mehrtagesfahrt. Für Vorbereitung und Organisation sorgten Petra Ehm und Wolf-Dieter Grobe, der leider wegen Krankheit nicht mit auf die Reise gehen konnte. Auch mussten weitere Seniorinnen und Senioren wegen Krankheit zu Hause bleiben. Bei der nächsten Fahrt sind sie hoffentlich wieder fit und dabei.

SENIORENGRUPPE GdP-KREISGRUPPE MECKLENBURG-VORPOMMERN

Ehemaligentreffen auf Rügen

Stephan Lange

Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern



a Seniorenveranstaltungen in den zurückliegenden Jahren "Coronaopfer" geworden sind, haben Uwe Möller und Micha Grewe unter dem Motto "GdP und Friends" alle Senioren im Bereich Stralsund und Rügen zu einem Treffen zusammengetrommelt. Im Sportlerheim am Stadion in Bergen hatten sich 20 Senioren bei Kaffee, Kuchen, Bier und Brat-

wurst viel zu erzählen. Ruckzuck waren vier Stunden vorbei und man war sich einig, dass man solche Treffen wiederholen sollte. Positiver Nebeneffekt war eine Spende der Senioren von 100 Euro an die Jugendabteilung des VfL Bergen 94 e. V. Die Seniorenbeauftragten wollen demnächst in allen Bereichen der KG MV Seniorentreffen veranstalten.

GdP-KREISGRUPPE ZOLL NORD

Es muss nicht immer Kaviar sein ...

Manuela Proske

Vorsitzende Seniorengruppe Zoll

ieser Ansicht waren die Teilnehmenden der Seniorengruppe unserer GdP-Kreisgruppe Zoll Nord beim diesjährigen Adventstreffen auf dem Wintermarkt in Hamburg. In gemütlicher Runde, mit dem einen oder anderen Heißgetränk, fand ein lebhafter Austausch über verschiedene Themen statt. Das Wichtigste war jedoch für uns alle die Möglichkeit, sich endlich wieder ungezwungen persönlich treffen zu können. Dies ist in den vergangenen Jahren aufgrund der Coronabeschränkungen leider auf der Strecke geblieben. Es ist mit der Adventszusammenkunft ein gelungener Anfang für weitere Aktionen dieser Art getätigt worden. Wiederholungsgefahr garantiert.



Ehrungen und Verabschiedungen



Bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand wurde Jürgen Schubert, der Vizepräsident der Bundespolizei, durch Sven Hüber, den stellvertretenden Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei | Zoll sowie durch das ehemalige Bezirksvorstandsmitglied Martin Schilff für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt.





Gleich zweimal gab es bei der GdP-Kreisgruppe Bundesbank Anlass zur Gratulation. Zum einen wurde unser Mitglied Andreas Güttler für seine 40-jährige Treue zur GdP durch den Vorsitzenden Sven Kutschke geehrt und zum zweiten wurde unser Mitglied Claus Riedmann nach 41 Jahren in der GdP in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Er gehört damit nunmehr zur Seniorengruppe der GdP-Direktionsgruppe Koblenz. Beiden Kollegen wünscht die Kreisgruppe Bundesbank alles erdenklich Gute und dankt für die Treue.



Dirk Hansen, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Flensburg ehrte den Kollegen Marcus Wiegand im kleinen Rahmen für seine 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP. Er überreichte ihm die Jubiläumsurkunde und Ehrennadel sowie ein kleines Präsent. Marcus hat jahrelang im Örtlichen Personalrat Flensburg und Gesamtpersonalrat in Bad Bramstedt gesessen sowie Ämter in der Kreisgruppe Flensburg wahrgenommen.



Zwei von drei Mitgliedern folgten der Einladung von Ines Rilling, der Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Stuttgart, zur Ehrung für 40 Jahre in der GdP: Norbert Schmitt (I.) ist noch im aktiven Dienst in der Lage- und Einsatzzentrale der BPOLD Stuttgart. Joachim Rabsch (r.) seit einigen Jahren im glücklichen Ruhestand. Beide freuten sich ungemein, sich nach Jahren gesund und munter wiederzusehen. Es war ein gemütlicher Kaffeeklatsch.



Im Rahmen der Mitgliederversammlung der GdP-Kreisgruppe Freilassing durfte eine nicht alltägliche Ehrung durchgeführt werden: Wilhelm (Willy) Prommersberger wurde für seine 65-jährige GdP-Mitgliedschaft durch den Vorsitzenden Bernd Balke und seinen Stellvertreter Markus Neumaier geehrt. Martin Meisen, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Bayern, übermittelte dem Jubilar ebenfalls seinen Dank für die langjährige Treue.







Am 2. November 2022 führte die GdP-Kreisgruppe Berlin ihre – in diesem Jahr zweite – Zusammenziehung aller Kolleginnen und Kollegen mit GdP-Jubiläum durch. Für die langjährige Treue bedankten sich der Vorsitzende der GdP-Direktionsgruppe Berlin Brandenburg, Lars Wendland, der Seniorenvorsitzende Peter Gaunitz sowie der Kreisgruppenvorsitzende André Heusinger von Waldegge. Folgende Kollegen wurden geehrt: Klaus Lächelt für 65 Jahre, Udo Mauer für 60 Jahre sowie Günter Land und Wolfgang Reimann für jeweils 50 Jahre. Volker Hänchen konnte der Einladung aus persönlichen Gründen nicht folgen. Seine Ehrung für 40 Jahre Mitgliedschaft wurde nachgeholt. Außerdem wurde bereits am 25. August 2022 der ehemalige Vizepräsident der BPOLD Berlin durch den Direktionsgruppenvorsitzenden Lars Wendland für 50 Jahre GdP-Mitgliedschaft in einem persönlichen Treffen geehrt.





DP – Deutsche Polizei

Bundespolizei | Zoll

Geschäftsstelle

Forststraße 3a, 40721 Hilden Telefon (0211) 7104-0 Telefax (0211) 7104-555 www.gdp-bundespolizei.de Adress- und Mitgliederverwaltung: Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion

Simone Krummen (V.i.S.d.P.) Forststraße 3a, 40721 Hilden Telefon (0211) 7104-0 info@gdp-bundespolizei.de Saskia Galante Telefon (0211) 7104-514 galante@gdp-bundespolizei.de Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.